



An die
Herrn Pastor Hwang-Young Chang
Evangelisch-Koreanische Gemeinde in Wien
Schützengasse 13
1030 Wien

- Per Mail -

Wien, 20. Juli 2023
S/G/B Zl. 134/23

Sehr geehrter Herr Pastor Chang!

Aufgrund unserer Besprechung am 05. Juli 2023 in der Superintendentur A.B. Wien und der Rücksprache mit den Verantwortlichen der EKiÖ möchte ich Ihnen wie folgt nochmals antworten.

Das Ergebnisprotokoll, zu dem Sie sich in Ihrem letzten Schreiben geäußert haben, ist - auch ohne Ihre vollständige Zustimmung - als eine von KRin Mag.a Andrea Sölkner und mir gezeichnete „Aktennotiz“ zu unserem Gespräch zu sehen. Sie bringt unsere übereinstimmende Sicht zum Ausdruck, die wir Ihnen damals übermittelt haben.

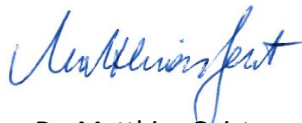
Zu einigen Details Ihrer Anmerkungen darf ich Ihnen folgendes mitteilen:

1. Die Grundlage des Gesprächs war Ihre Bitte an mich, vor allem aufgrund des Schreibens von OKR Dr. Beck vom 12. Juni 2023, das Sie an mich wies. Als zuständiger Superintendent bin ich sowohl in meiner Rolle als geistliche Aufsicht als auch aufgrund des von OKR Dr. Beck in Aussicht gestellten Verwaltungsausschusses dieser Bitte nachgekommen
2. Diese meine doppelte Zuständigkeit ist - nunmehr längst kommuniziert - auch in der Weise wirksam, dass durch den Superintendentialausschuss und mich als seinem Vorsitzenden ein Verwaltungsausschuss gegründet werden soll. Der Vorsitz ist durch das Kirchenrecht der EKiÖ eindeutig dem Mitglied des Superintendentialausschusses übertragen (KV Art. 40 (2) in Verbindung mit (4)). In diesem Fall wurde ich am 19. Juni 2023 durch Beschluss des Superintendentialausschusses bestellt und bin somit Vorsitzender. Das Gespräch am 5. Juli 2023 verlief auch zum Großteil als Informationsgespräch, wie der Verwaltungsausschuss zu sehen ist und welche Befugnisse in weiterer Folge ihm zugeordnet sind. Die Anfragen an mögliche Mitglieder, die ich innerhalb der EKG begonnen habe, laufen bis 31. Juli 2023.
3. Ad b) Seite 1: Selbstverständlich ist der geistlichen Aufsicht die Aufgabe übertragen, der EKiÖ mitzuteilen, ob und wann ein neuer Pastor durch die PCK bestellt werden kann. Aus dem Bescheid von 1992 geht klar hervor, dass bei der Bestellung eines Pastors die EKiÖ überprüfen muss, ob der entsandte Pfarrer ein ordinerter geistlicher Amtsträger ist. Daher ist der erste Punkt des Schreibens von 15. Juli 2023 nicht korrekt, dass hier einzig die PCK tätig ist/sein soll.
4. Ad Pkt 3: Zum zweiten beklagten Punkt "Einsetzung eines Verwaltungsausschusses" ist der - seit Jänner 2023 begonnene - nötige innerkirchliche Klärungsprozess der EKiÖ nun abgeschlossen und seit 25. Mai angekündigt und seit 12. Juni durch OKR Dr. Beck an Sie kommuniziert.

Für jede Gemeinde, also auch eine Personalgemeinde, die über keine ordentlich gewählten und eingesetzten Vertretungskörper verfügt, muss ein Verwaltungsausschuss bestellt werden, für den die kirchliche Verfahrensordnung gilt. Hier hat die PCK kein Mitspracherecht und sie muss weder vorab zustimmen, wiewohl ihr dies seitens der EKİÖ (OKR A.u.H.B.) angekündigt wurde. Auch Sie als bestellter Pastor sind weder berechtigt Einwände zu erheben noch ist Ihre Zustimmung erforderlich.

5. Ad Pkt 9: Am 05.07.2023 wurde von mir sehr exakt eingefordert, dass jeder Schriftverkehr *die Gemeinde betreffend* auch mit dem Verwaltungsausschuss vorab abzuklären ist und jeder Schriftverkehr zu Belangen der (Personal-)Gemeinde gem. KVO (Kirchliche Verfahrensordnung) § 13 (1) auch vom Vorsitzenden des Vertretungskörpers gezeichnet werden muss. Dieser Vorsitz steht bereits für den eingesetzten Verwaltungsausschuss fest. Selbstverständlich kann es zu "rein dienstlichen" Erfordernissen von und für Sie auch vertrauliche Mitteilungen geben.
Doch sind *gemeindliche* Belange in jedem Fall auch mit dem zuständigen Vertretungskörper abzustimmen und in der schriftlichen Außenkommunikation immer zweifach zu unterfertigen. Wenn ich Ihr Mail vom 15.07.2023 richtig verstehe, ist jedoch das Schreiben an die PCK zur Nachbesetzung allein in Ihrem Namen erfolgt.
6. Ad Pkt 11: Das gesamte "Wahlverfahren" ist aufgrund eines nicht ordnungsgemäß ausgeschrieben Verfahrens nicht wirksam und dies wird auch durch den Verwaltungsausschuss an den OKR A.u.H.B. mitgeteilt und durch diesen auch an die PCK. Die dennoch durchgeführte "Wahl" eines unzuständigen Plenums, das zur Stimmabgabe gebeten wurde, obwohl kein Wahl- oder Verwaltungsausschuss diese Wahl ordnungsgemäß vorbereitet hat, wurde im Gespräch am 5. Juli 2023 aus zwei Gründen als nicht hilfreich erachtet. Erstens, weil dieser Schritt zeigt, dass sich die EKG weiterhin nicht vom Evangelischen Kirchenrecht der Evangelischen Kirche A.u.H.B. leiten lassen möchte. Und zweitens folgte - wie im "Wahlprotokoll" ausgeführt - umgehend und ohne Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses die Mitteilung an die PCK. (vgl. oben, Pkt 5, letzter Satz).
7. Zu Ihrer nicht vollständig gegebenen Zustimmung zum Ergebnisprotokoll: Wir hatten im Gespräch zu den entsprechenden Vorgaben jede Frage zugelassen und auch den Eindruck, dass kein Widerstand, sondern die Zustimmung von durch Sie erfolgt ist. Wenn dem nicht so war, lesen wir zwar nun einige Einwände, können aber nur versuchen, diese im Detail aufgrund des evangelischen Kirchenrechts der EKİÖ und des Gesprächsverlaufs wieder zu zerstreuen und unsere Argumente vorzubringen.

Mit freundlichem Gruß



Dr. Matthias Geist
Superintendent